

Erfurter Allgemeine

6. Mai 1993

„Trutzig“ und einstimmig für Umlandkreis Erfurt

Kreistag fordert: Eingemeindung nur auf freiwilliger Basis

SCHWERBORN. Kaum ein Bürgermeister, der am Dienstagabend nicht den Weg in die Schwerborner Gaststätte gefunden hatte. Der Kreistag hatte zu seiner 29. Sitzung eingeladen, die sich einzig um das Thema Gebietsreform drehte. Die Kreistagsabgeordneten können sich mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf der Landesregierung in Bezug auf den Landkreis Erfurt nicht einverstanden erklären und lehnten ihn ab. Stattdessen billigten sie einen von den Kreistagsfraktionen der CDU und FDP eingebrachten Neuvorschlag. Nach diesem soll es einen neuen Kreis um Erfurt geben, bestehend aus den bisherigen Landkreisen Erfurt und Sömmerda mit Kreissitz in Erfurt. Nach Meinung der Abgeordneten haben Eingemeindungen nur auf freiwilliger Basis zu erfolgen. Diesen Beschluß faßten die Abgeordneten einstimmig. Eine Widerspiegelung des Bürgerwillens, so Landrat Andreas Tuch (CDU), sei das Ergebnis der Bürgerumfrage unter den

Gemeinden im Kreis. Die Mehrheit der sich beteiligten Bürger habe sich für den Erhalt eines Umlandkreises mit Sitz in Erfurt entschieden. Daß es vom Kreissitz abhängt, ob die Gemeinden im Umlandkreis Erfurt verbleiben oder sich anderen Kreisen zuwenden, betonte der Bürgermeister von Egstedt, Dieter Lünser (CDU). Für ihn sei sehr fragwürdig, wie denn die Stadt Erfurt die für die Eingemeindung vorgesehenen Gemeinden finanzieren wolle, bei einem 80-Millionen-Haushaltsloch. Dagegen sei klar für ihn, daß die Stadt ihre Hände ausstrecke nach Egstedt, Vieselbach oder Linderbach-Azmannsdorf wegen der dort funktionierenden Gewerbegebiete. Dies sah auch Karin Schindler (CDU) aus Vieselbach so. Dem Planungsverbund für das Güterverkehrszentrum sei Erfurt seinerzeit nicht beigetreten. Nun, da nach anderthalbjähriger Planungszeit im September 1. Spatenstich sei, greife Erfurt danach. Für den parteilosen Abgeord-

neten Roland Thörmer hätte der Kreistag schon viel eher so „trutzig“ auftreten müssen. Für ihn sei klar, daß die Bürger eine vierzigjährige Erfahrung nicht in drei Jahren abstreifen können, nämlich alles, was „von oben kommt“, als gegeben zu betrachten. Daß es bislang nur um einen Gesetzesentwurf gehe, hätte auch vom Kreistag den Bürgern schon viel eher viel deutlicher gesagt werden müssen. „Wenn zwei sich streiten, freut sich bekanntlich der Dritte“. Dies bezog der PDS-Abgeordnete Konrad Scheringer auf die Situation zwischen Landkreis Erfurt und Sömmerda sowie Stadt Erfurt und mahnte eine Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen beider Kreise an. Was wiederum Landrat Tuch veranlaßte, darauf hinzuweisen, daß es bereits Zusammenarbeit gäbe. Beispielsweise seien die Erfurter Amtsleiter für Landwirtschaft und Veterinärwesen bereits für beide Kreise zuständig, gäbe es gemeinsame Ausschusssitzungen. Manuela FIERT

Acht Gemeinden für, sieben gegen die Eingemeindung

ERFURT-LAND. Im Ergebnis der Gespräche zwischen Landrat Andreas Tuch (CDU), Bürgermeistern von Landkreisgemeinden, dem Oberbürgermeister der Stadt Erfurt, Manfred Ruge (CDU), und einem Vertreter des Thüringer Innenministeriums befinden sich die Gemeinden Alach, Frienstedt, Ermstedt, Windischholzhausen, Waltersleben, Molsdorf, Kühnhausen und Tiefthal in Ver-

handlungsgesprächen für eine Eingemeindung bzw. werden erste Vereinbarungen bereits konkret besprochen. Andererseits sprachen sich die Orte Niedernissa, Egstedt, Vieselbach, Linderbach-Azmannsdorf, Büßleben, Mittelhausen und Schwerborn gegen die vorgesehene Angliederung an Erfurt aus. Dies machte auch die gestrige Demonstration vor dem Landtag deutlich.